

**(Ministerpräsident Schief)**

(A) hältnissen am zweckmäßigsten planwirtschaftlich umzugestalten, zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Das Ministerium hat auch einige solche örtliche Regelungen schon in Angriff genommen.

Meine Damen und Herren! Die Drucksachen Nr. 814 und 1096 haben ausschließlich die höhere Schule zum Gegenstand. Daher habe ich mich auch heute vorwiegend mit dieser Schulart beschäftigt. Daraus ist nicht zu folgern, daß bei den anderen Schulgattungen nicht auch noch große Schwierigkeiten zu überwinden wären, bis sie wieder nach den Jahren der Schülerschwankungen in stetigere Bahnen übergeleitet sind. Aber trotzdem muß ich sagen, die größten Sorgen bereitet heute der Unterrichtsverwaltung das höhere Schulwesen. Es muß einen langen Leidensweg gehen, bis es die Form erhalten haben wird, die unserer Lage und Leistungsfähigkeit wieder entspricht, und viel persönliche Opfer werden auf diesem Wege verlangt werden müssen. Wir haben dafür zu sorgen, daß diese Opfer nicht umsonst gebracht werden, sondern daß aus der Umbildung ein höheres Schulwesen entsteht, das, von den Folgen einer irrtumsreichen Fehlentwicklung befreit, auf schmälere, gesunde Grundlage zurückgeführt, seiner bedeutungsvollen Aufgabe doppelt gut gerecht werden kann. Und ich möchte der höheren Schule wie allen Schularten wünschen, daß der Zeitpunkt nicht mehr zu ferne sei, wo gerade die Verschmälerung und die durch sie erzielten Ersparnisse es gestatten, der Schule und ihrer Lehrerschaft wieder ein freieres, inneres Sich-Regen zu gewähren.

**Stellvertretender Präsident Dönike:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache. Das Schlußwort zu Drucksache Nr. 1096 hat Herr Abg. Hardt.

(B) **Abgeordneter Hardt:** Meine Damen und Herren! Wir haben den erschütternden Zahlen, die der Herr Ministerpräsident uns vorgetragen hat, eigentlich nichts hinzuzufügen. Sie zeigen aber auch, daß wir recht hatten, als wir sagten, der natürliche Schrumpfungsprozeß der höheren Schule ist so gewaltig, daß es wirklich nicht nötig ist, zu künstlichen Maßnahmen zu greifen, um eine weitere Schrumpfung herbeizuführen.

Wir werden also unseren Antrag auf Herabsetzung der Wochenstundenzahl beibehalten und hoffen, daß auch die übrigen Parteien uns zustimmen, wengleich wir dem sozialdemokratischen Antrag unter Punkt 1, Abänderungsantrag zum Antrag Drucksache Nr. 1096 nicht zustimmen können. (Hört, hört! und Zuruf b. d. Soz.: Warum denn nicht?) Wir bemerken noch einmal dazu: es ist nicht eine Unfreundlichkeit gegen die Volksschullehrer (Abg. Güttler: Doch!), sondern hier liegen die Dinge ganz anders (Widerspruch b. d. Soz.); sie sind nicht miteinander vergleichbar, Herr Abg. Güttler (Sehr richtig! b. d. D. Sp. — Widerspruch b. d. Soz.), denn die Volksschullehrerschaft ist geschützt, sie kann nicht auf gesetzlichem Wege abgebaut werden und eine Herabminderung in den Schülerzahlen zieht nicht den Abbau von Lehrern nach sich. Also liegen die Dinge hier tatsächlich anders, und ich habe schon in meiner Begründung erwähnt, daß sich im Laufe der Jahre ganz von selbst ergeben wird, daß man hier die Stundenzahl herabsetzt, weil man doch nicht den Fehler machen will, daß man, wie in Preußen, die Leute voll bezahlt und arbeitslos herumlaufen läßt.

Wir haben dann ferner noch zu dem Antrag Nr. 1102 der Sozialdemokratischen Partei unsere Stellungnahme zu unterbreiten. Wir stimmen dem Punkt a zu, weil er offen läßt, wie dieses 9. und 10. Schuljahr organisiert wer-

den soll. Den Punkt b, die Schulgeldfreiheit wieder einzuführen, lehnen wir ab; ich habe das auch im einzelnen begründet. Auch Punkt c lehnen wir ab.

**Stellvertretender Präsident Dönike:** Ich bringe die **Drucksache Nr. 1096** zur Abstimmung, und zwar zunächst den Abänderungsantrag Arndt. (Abg. Vogel: Bitte, getrennt abstimmen!) Ich lasse getrennt abstimmen.

Zunächst Absatz 1?

Angenommen.

Absatz 2?

Angenommen.

Absatz 3?

Abgelehnt. (Lebhafter Widerspruch links. — Abg. Müller [Planitz]: Auf der Rechten sitzen zwei Herren! — Abg. Meyer: Die sind das nächste Mal sowieso nicht mehr da!) Das Ergebnis ist 40 zu 40. Abs. 3 ist damit abgelehnt.

Ich bringe nun den Abs. 3 des ursprünglichen Antrags zur Abstimmung.

Einstimmig angenommen.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, bitte ich, die nächste Tagesordnung zu bestimmen.

Der Landtagsvorstand schlägt Ihnen vor, die nächste Sitzung am Donnerstag, um 1 Uhr, stattfinden zu lassen. — Das Haus stimmt dem zu.

Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt. (Abg. Renner: Zur Geschäftsordnung!)

**Abgeordneter Renner** (zur Geschäftsordnung): Ich er-  
suche, auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, nachdem das heute abgelehnt worden ist, als ersten Punkt den (D)  
Antrag Nr. 1239 zu behandeln. Es handelt sich dabei um die Chemnitzer Vorgänge.

**Stellvertretender Präsident Dönike:** Ich lasse zunächst über die Tagesordnung abstimmen, die Ihnen durch Anschlag am Brett bekannt ist, an zweiter Stelle über den Antrag Nr. 1239.

Wer für die Tagesordnung laut Anschlag ist, bleibe in seiner Verfassung. Gegner wollen sich erheben. — Die Tagesordnung ist angenommen.

Dann die Drucksache Nr. 1239?

Der Antrag ist abgelehnt. (Zuruf b. d. Soz.: Ungezweifelt!) Der Antrag ist abgelehnt.

Wir fahren in der Tagesordnung fort; es folgt die Begründung der Punkte 6 bis 12.

**6. Beratung des Antrags des Abg. Renner u. Gen. wegen der Durchführung der bei Beratung der Kap. 71 und 71a gefaßten Beschlüsse auf Aufhebung der Sparverordnungen im Schulbetriebe und Vorlegung einer Denkschrift über die Entwicklung des Gesundheitszustandes der Schüler. (Drucksache Nr. 1113.)**

**7. Beratung des Antrags des Abg. Renner u. Gen. gegen die durch die Sparmaßnahmen auf schulischem Gebiete eingetretenen Mißstände. (Drucksache Nr. 1136.)**

**8. Beratung des Antrags des Abg. Renner u. Gen. gegen die Sparmaßnahmen der Regierung auf dem Gebiete des Fürsorge-, Schul- und Gesundheitswesens. (Drucksache Nr. 1144.)**

**9. Anfrage des Abg. Renner u. Gen. über die Schließung der Schule in Reinhardtsgrinna wegen der Erkrankung der Schulkinder. (Drucksache Nr. 1177.)**